

Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe November 2007 (Nr. 11/07) – EUR 1,25 Z11263E

Nein zur Moschee – Ja zur Demokratie!

www.rep-hessen.de

JA zum Minarettverbot



Landesweiter Aktionstag am 20.10.2007

Wir sagen was Sie denken!

DIE REPUBLIKANER REP

Moscheen sind keine Kirchen, sondern politische Organisationszentralen.

Minarette sind keine Kirchtürme, sondern Symbole der islamischen Eroberung.

Der Islam ist keine Religion, sondern eine Ideologie mit politischem Anspruch und totalitären Zügen.

„Unsere Minarette sind unsere Bajonette“, hatte der heutige türkische Regierungschef Erdogan geeifert, als er noch Bürgermeister von Istanbul war.

Wenn islamische Organisationen wie der deutsche Ableger der staatlichen türkischen Religionsbehörde „Ditib“ Großmoscheen mit wuchtigen Minaretten bauen, geht es um mehr als um bloße Fürsorge für gläubige Muslime: Es geht um die politische Einmischung in Deutschland und Europa. Und dagegen wehren wir uns.

Unser Nein zu Moschee und Minarett ist ein Ja zur Demokratie.

← Großplakat der hessischen Republikaner zum landesweiten Aktionstag für ein Minarettverbot

Aktionstag für das Minarettverbot

Der Widerstand gegen die schleichende islamische Landnahme steht im Mittelpunkt des Landtagswahlkampfes der hessischen Republikaner. Zum Auftakt wurden für die landesweite Plakataktion „Ja zum Minarettverbot“ zweihundert Großplakatflächen in den fünf hessischen Großstädten angemietet.

In einem landesweiten Aktionstag sammelten die Republikaner am vorletzten Oktoberwochenende Unterschriften für ein Minarettverbot. Trotz vielfältiger Sabotageversuche fand auch die Kundgebung mit dem Landesvorsitzenden Haymo Hoch in Rüsselsheim statt.

Erst wenige Tage vor der Veranstaltung hatte das Verwaltungsgericht Darmstadt eine Verbotsvorfügung der Stadt Rüsselsheim als „offensichtlich rechtswidrig“ kassiert und insbesondere den Vorwurf der Volksverhetzung zurückgewiesen. Hoch nannte es beschämend und zum Schaden von Demokratie und Meinungsfreiheit, wenn politische Parteien ihr vom Grundgesetz garantiertes Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit erst gerichtlich durchsetzen müssten.

Die Republikaner ließen sich weder von juristischen Schikanen noch vom Radau sogenannter

„Antifaschisten“ beeindrucken. Die Republikaner würden sich auch in Zukunft nicht vor dem Gesinnungsterror beugen und ihre Stimme für die Bürger erheben, sagte Hoch.

Pfarrer auf Irrwegen

Vertritt die evangelische Kirche noch ihre Gläubigen? Oder ist ihr Lobbyarbeit für Einwanderer inzwischen wichtiger geworden?

Der Verdacht liegt nahe, wenn man die Schmähschrift der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gegen die Republikaner-Kampagne „Ja zum Minarettverbot“ liest.

Die Kampagne beleidige die Bürger, sei verfassungsfeindlich und schüre Haß, hatte Kirchenpräsident Peter Steinacker, ein SPD-Genosse, polemisiert. Ein absurder Vorwurf gegen eine demokratische Meinungsäußerung, der unabhängige Richter gerade erst das Gegenteil bescheinigt haben, meint der hessische Landesvorsitzende der Republikaner, Haymo Hoch.

Nein, Herr Steinacker: Die Republikaner beleidigen nicht die Bürger, sie nehmen vielmehr ihre Sorgen ernst. Bei Altparteien und Kirchen finden sie ja leider kaum noch Gehör, sieht man von rühmlichen Ausnahmen wie dem EKD-Ratsvorsitzenden Huber ab, der sich ebenso wie der katholische Augsburger Bischof Mixa um die islamischen Machtansprüche sorgt, die mit den großangelegten Moscheebau-Initiativen in ganz Deutschland verbunden sind.

Oder sind die beiden Kirchenmänner für Herrn Steinacker etwa auch „Verfassungsfeinde“?



Kurz berichtet:**Ermyas M.
im Visier**

Wer erinnert sich noch an Ermyas M.? Den Äthiopier mit deutschem Paß, der letztes Jahr vor der WM bei einer Schlägerei zwischen Betrunkenern verletzt wurde, die prompt zum „rassistischen Überfall“ hochgeschrieben wurde?

Jetzt ermittelt der Potsdamer Staatsanwalt gegen ihn. Weil er Prozeßkostenhilfe vom Staat haben wollte, obwohl ein Verein 50.000 Euro für ihn gesammelt hatte – unter anderem für seinen Rechtsbeistand. Der Staatsanwalt sieht darin „versuchten Betrug“.

**Mehrheit für
Einwanderungs-
begrenzung**

Fast überall auf der Welt befürwortet eine Mehrheit der Bevölkerung die Begrenzung von Einwanderung. Das hat das Washingtoner Meinungsforschungsinstitut Pew bei einer Umfrage in 46 Staaten und den palästinensischen Autonomiegebieten herausgefunden. „In vielen Teilen der Welt sehen Menschen Einwanderung als destabilisierend“, sagte der Präsident des Instituts, Andrew Kohut. „Sie machen sich Sorgen um ihre Arbeit.“

**Doppelte
Loyalität**

Nur Fußballexperten konnten bis vor kurzem Ashkan Dejagah. Der gebürtige Iraner lebt seit zwanzig Jahren in Deutschland und spielt für die Junioren-Nationalmannschaft. Aufsehen erregte er, als er zum Länderspiel gegen Israel nicht antreten wollte. Weil die Teheraner Mullah-Regierung das verbietet. Er habe das nur aus Angst um seine Familienangehörigen im Iran gemacht, rechtfertigte sich der Jung-Spieler vom VfL Wolfsburg. Er sei unpolitisch und wolle niemanden diskriminieren. Der DFB gibt ihm noch eine Chance als Nationalspieler. Aber er muß sich entscheiden: Will er Deutscher werden, oder Iraner bleiben? Nur wer jede doppelte Loyalität ablegt, ist wirklich integriert.

Republikaner gegen Gen-Wahnsinn

„Grüne“ Gentechnik ist die harmlos klingende Bezeichnung für die massenhafte Anwendung von Gentechnik bei Landwirtschaft und bei Lebensmitteln. Sie wird beherrscht von einigen riesigen US-Firmen, die ihrem Gewinnstreben alles unterordnen. Dafür werden massive Bedrohungen für den Menschen und die Natur in Kauf genommen und den heimischen Bauern die Existenz geraubt. Die Folgen der Manipulation der Natur sind unabsehbar.

Nur die Republikaner sagen diesem Wahnsinn den Kampf an. Denn **Naturschutz ist Heimatschutz**. Nur eine intakte Natur sichert uns und unseren Kindern gesunde Lebensmittel und unseren Bauern die Existenz. – Bitte helfen Sie uns dabei.

*Peter Attenhauser,
Landwirtschaftsmeister,
REP-Gemeinderat
in Taufkirchen/Vils*

**Mafiaparadies Deutschland?**

War da was? Die Mafia-Hinrichtung von Duisburg in diesem Sommer ist schon wieder vergessen. Jetzt stellen Sicherheitsexperten dem Bundesinnenminister ein schlechtes Zeugnis aus: Schäuble vernachlässigt den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität.

Für die Mafia-Paten sei Deutschland „das gelobte Land“, weil der Verfolgungsdruck nicht so hoch sei. Dabei schätzt der Linzer Ökonom, daß die Mafia-Umsätze bei uns längst ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung erreichen – das wären

460 Milliarden Euro im Jahr. Das mag übertrieben sein. Doch Fakt ist: seit den 90er Jahren hat der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität an Schwung verloren, wie der damalige Präsident des Bundeskriminalamtes Hans-Ludwig Zachert kritisiert.

Konrad Freiberg, Chef der Gewerkschaft der Polizei, weiß warum. Mafia-Ermittlungen sind personalintensiv und langwierig. Unter Schäuble habe man aber viele Ermittler für den Kampf gegen den Islam-Terror abgezogen. Die fehlten jetzt.

Schäubles Anti-Terror-Kampf ist also eine Mogelpackung: Um ihn zu inszenieren, werden andere ebenso wichtige Aufgaben vernachlässigt. Deshalb fordern die Republikaner: Mehr Personal und moderne Ausstattung für die Polizei. Sicherheit gibt es nicht im Sonderangebot.

**Ausländische
Sozialhilfeempfänger:
Republikaner
führen CDU vor**

Es war ein vernünftiger Vorschlag: Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Ausländerbehörde, Sozialamt und Polizei sollte in der hessischen Stadt Offenbach, ebenso wie im Kreis, Sozialhilfemißbrauch bekämpfen und dem Problem illegaler ausländischer Sozialhilfeempfänger zu Leibe rücken.

Das beantragten die Stadtverordneten der Republikaner, weil man im umliegenden Landkreis damit gute Erfahrungen gemacht hat und weil die Anregung sogar aus der CDU selbst kam. Aber die stimmte dagegen und machte sich lächerlich. Ihr Fraktionschef argumentierte lahm, die Republikaner wollten ja bloß „Stimmungsmache“.

Prompt wurde die CDU von links attackiert, weil sie zu Ausländerproblemen nicht gleich ganz geschwiegen habe. Der grüne Landtagsabgeord-

nete deckte in seinem Ärger sogar ein undemokratisches Komplott der Altparteien auf: Die CDU habe gegen die Verabredung verstoßen, „auf Beiträge der Republikaner nicht zu reagieren“.

Deren Fraktionschef Hans-Joachim Münd freut sich, daß das „Stillschweigen der selbsternannten Demokraten“ endlich gebrochen sei. Er wolle den Bürgern auch künftig vorführen, wie die CDU gern öffentlichkeitswirksam belle, aber im Parlament dann den Schwanz einziehe.

Nicht Grundgesetzkonform:**Islam-Kita
in Mainz**

Die islamistische Parallelgesellschaft ist unermüdlich auf dem Vormarsch. In Mainz versucht es der „Arab-Nil-Verein“ mit einer fragwürdigen Kindertagesstätte und stößt auf den erbitterten Widerstand der Republikaner.

Sowohl die Satzung als auch das Kindergartenkonzept seien mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, hatte die Fraktionsvorsitzende der Republikaner im Stadtrat, Gabriele Banner, schon frühzeitig gewarnt. Ein Vorstand, den die Gründungsmitglieder laut Satzung „auf unbestimmte Zeit“ bilden und für den sie nach Gutdünken weitere Mitglieder bestimmen, paßt nicht zum Vereinsrecht, das regelmäßige Wahlen verlangt. Und eine „moralische Erziehung auf islamischer Grundlage“ paßt nicht zu unseren demokratischen Werten. Da solle eine Parallelgesellschaft zementiert werden, kritisiert Banner. Verkehrte Welt: Der CDU-Stadtbezirksvorsitzende Lange, der die Islam-Kita wegen der fundamentalistischen Verstrickungen des Vereins bekämpft, wird von grün-linken Gutmenschen als Verfassungsfeind denunziert. Die eigene Parteispitze läßt ihn im Regen stehen. Die Republikaner werden seine Anträge aufgreifen und als einzige Ratspartei weiter für die Verhinderung der Islamisten-Kita kämpfen.

Schreckgespenst Inflation

Jetzt geht's ans Eingemachte. Alles wird teurer: Lebensmittel, Heizung, Strom und der Sprit fürs Auto. Bundesbankchef Axel Weber gibt Inflations-Alarm: Drei Prozent könnte die Preissteigerung bis zum Jahresende erreichen.

So eine Preisexplosion hatten wir zuletzt während der Wirtschaftskrise in den letzten Jahren der Kohl-Regierung. Für die Masse der „Malocher“ kommt es sogar noch dicker. Die Inflationsrate ist ein Durchschnittswert, in den viele Waren und Dienstleistungen eingerechnet werden, auf die der Normalbürger schon lange verzichten muß.

Für das, was man täglich zum Leben braucht, steigen die Preise noch weit stärker – acht Prozent, schätzen Experten. Das frißt den größten Teil des verfügbaren Einkommens und die bescheidenen Lohnerhöhungen wieder auf.

Einen Großteil der Schuld trägt die große Koalition. Sie hat es nicht geschafft, den Aufschwung zum echten Sparen zu nutzen. Den kleinen Leuten wird in die Tasche gelangt und anderswo fliegt das Geld ungebremst zum Fenster raus.

Der jetzt vorgelegte „ausgeglichene“ Haushalt ist ein Buchungstrick, der vor allem durch Rekord-Steuereinnahmen und Rekord-Steuererhöhungen möglich wurde. Die Realeinkommen sind heute noch auf dem Stand von vor zwanzig Jahren, während ringsum alles teurer wird.

Soli und Sozialbeiträge senken, „Ökosteuer“ abschaffen und nicht mehr Milliarden für die Subventionierung von Lobbygruppen, für Krippenprogramme, Integrationspläne und „Exzellenzinitiativen“ verpulvern – nur so geht's wirklich aufwärts mit Deutschland.



Der Mindestlohn – ein Maximalunfug

Bei den Postdienstleistern ist der Einstieg geschafft: Der „Mindestlohn“ geht seinen sozialistischen Gang. Was auf den ersten Blick wie eine gute Idee klingt – jeder soll vom Lohn für seine Arbeit auch leben können – ist in Wahrheit ein geschicktes Ablenkungsmanöver.

Daß der Lohn oft zum Leben nicht reicht, liegt nämlich nicht nur daran, daß Arbeitgeber zu wenig zahlen. Es hat auch damit zu tun, daß der Staat den Bürgern zu viel vom sauer verdienten Geld wieder wegnimmt, um es weiterzuverteilen.

Daß die Arbeitgeber die Löhne drücken wollen und können, liegt wiederum daran, daß es ein Überangebot an geringqualifizierten Arbeitskräften gibt. Und daran ist die Politik schuld: weil sie bedenkenlos der Globalisierung des Arbeitsmarkts, z. B. durch die EU-Osterweiterung, zugestimmt hat; und weil sie bis heute eine Unterschichtseinswanderung im großen Stil zuläßt, die unseren Arbeitsmarkt und unsere Sozialsysteme sprengt.

Mit staatlichen Lohnvorschriften läßt sich dieses Problem nicht lösen. Nicht gesetzliche Mindestlöhne, sondern weniger Steuern und Abgaben und die Eindämmung importierter Billigkonkurrenz sorgen dafür, daß die Bürger mehr in der Tasche haben und vom eigenen Einkommen leben können.

Das Antifa-Tribunal

Dieser Tiefpunkt ist nicht so leicht zu unterbieten: Fernsehplauderer Kerner schmeißt die Journalistin und Buchautorin vor laufender Kamera aus dem Studio.

Nur vordergründig ging es dabei um angeblich mißverständliche Äußerungen der Moderatorin. Jeder kann nachlesen, daß Herman nicht die Familienpolitik der Nationalsozialisten gelobt hat, sondern den plump-„antifaschistischen“ Werte-Nihilismus der 68er kritisieren wollte.

Nein, Kerner und sein Inquisitions-Tribunal wollten etwas anderes: Jeder, der konservative Ansichten vertritt, zum Beispiel über Ehe, Familie und Mutterschaft, soll als „entweder doof oder braun“ diffamiert werden. So wird Meinungsterror gemacht

Respekt, daß Eva Herman sich nicht unterkriegen läßt und trotzdem weiter ihren Standpunkt vertritt. Ein Vorbild für die schweigende Mehrheit, die so denkt wie sie, die sich aber von den politisch korrekten Gesinnungswächtern einschüchtern läßt. Machen wir den Mund auf!



DIE STROM-ABZOCKER



Krokodilstränen haben Politiker von CDU und SPD vergossen, als die Strom-Bosse mal wieder eine saftige Preiserhöhung ankündigten. Die Länder-Wirtschaftsminister heben den Zeigefinger, und das Kartellamt will die von E-ON angekündigte Anhebung der Preise um fast zehn Prozent prüfen.

Ob das den Volkszorn besänftigt? Etwas Selbstkritik stünde den Politikern gut. Sie haben schließlich die Fusionen der Stromversorger zu Energieriesen vorangetrieben, zum Teil gegen geltendes Kartellrecht; sie haben als europäische Musterschüler die EU-Richtlinien zur Privatisierung der Energieversorgung schneller und gründlicher als alle anderen durchgezogen; und nicht zuletzt haben sie mit ständigen Steuererhöhungen die Preise selbst kräftig mit nach oben getrieben.

Jetzt machen die Stromkonzerne, was Monopolisten eben so machen, wenn sie den Profit ihrer Aktionäre steigern wollen. Der scheinheilige Hinweis auf billigere Privatanbieter hilft wenig, solange das Kartell der Energieriesen auf dem Stromnetz sitzt und der Konkurrenz das Leben schwer macht.

Die öffentliche Daseinsfürsorge wird durch Privatisierung weder billiger, noch besser, noch sicherer. Das haben die Stromkonzerne, zusammen mit der Bahn, gerade mal wieder eindrucksvoll bewiesen.

Kommentar ...

Die Umverteiler

Falscher könnte der Dampfer kaum sein, auf dem die SPD aus dem Umfragetief flüchten will. Hauptsache, der Staat sammelt möglichst viel Geld ein und verteilt es dann wieder – das ist die antiquierte Vorstellung von „sozialer Gerechtigkeit“, mit der es Kurt Beck mal wieder versuchen will.



Fragt sich bloß, wem das nützt. „Hoffnung für alte, arbeitslose Türken“, freute sich das türkische Massenblatt „Hürriyet“ über Becks Pläne für ein verlängertes Arbeitslosengeld I für Ältere. 50.000 arbeitslose Türken hätten das erforderliche Alter erreicht.

Die Gerechtigkeitslücke beim Arbeitslosengeld I besteht nicht darin, daß ältere Arbeitnehmer genauso lange unterstützt werden wie jüngere. Die Arbeitslosenkasse ist eine Risikoversicherung und keine Kapitalanlage – so war sie gedacht, und so hat sie lange Zeit auch gut funktioniert.

Die Ungerechtigkeit besteht darin, daß Leistungsträger und langjährige Beitragszahler auf eine Stufe gestellt werden mit Nichtsnutzern und Schmarotzern, die die Solidargemeinschaft ausnutzen, ohne selbst zur Leistung bereit zu sein. Das hat viel mit Werteverfall und Egoismus zu tun, aber eben auch mit falscher Einwanderungspolitik.

Wenn die SPD wieder Partei der sozialen Gerechtigkeit werden will, sollte sie sich statt mit Geldverteilen lieber mit der Einwanderung in die Sozialsysteme befassen.



Main-Echo, 23. 10. 2007

Satire

Michel meint ...



Die Zeit befindet sich in stetem Wandel,
heut' gibt es wieder Menschenhandel.

Der Markt ist weltweit viel besucht,
die Käufer salopp und gut betucht,
da wechseln Werte oft die Seiten,
die einem glatt den Schock bereiten.
Millionen knallt man auf den Tisch,
als wäre dies ein kleiner Fisch.

Man kommt im Auftrag von Vereinen,
geschickt von Leuten, die da meinen,
der Mensch sei auch nur Material,
und käuflich sei er allemal.

Bis jetzt ging diese Rechnung auf,
man legte stets noch etwas drauf,
dann ging die Sache wie geschmiert,
oft zeigte man sich irritiert,

woher die Knete plötzlich kam,
da man gar oft diskret vernahm,
daß in der Kasse Ebbe sei,
es ging nicht mehr, es sei vorbei.

Dem Volk ging's schlecht, es sei verzagt,
derweil am Hungertuch es nagt.

Doch eh' man sich da kaum versah,

da war ein Wunderknabe da,
der kostete zwar oft Millionen,

doch sagte man, es würd' sich lohnen.

Das mag wohl sein, für ihn, den Star,
und für den Funktionär sogar.

Leider ist dies gar kein Scherz,

der Sport verkommt so zum Kommerz.

Des Menschen Wert wird streng taxiert,
man sieht dem zu und ist blamiert.

Rekordergebnis für die SVP

Triumph für Christoph Blocher: Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist die stärkste Kraft in der Schweiz geworden. 29 Prozent holte sie bei der Parlamentswahl im Oktober – das ist eidgenössischer Rekord seit 1919.

„Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten – wir wollen die kriminellen Ausländer ausweisen und abschieben – wir wollen für alle die Steuern senken“: Mit diesen Botschaften hat die SVP den Nerv der Schweizer getroffen.

Daß die übrigen Parteien beharrlich versucht hatten, den SVP-Wahlkampf und insbesondere die „Ausschaffungsinitiative“ als „fremdenfeindlich“ zu diffamieren, hat

ihnen nichts genützt. Und der linksextreme Terror gegen ihre Veranstaltungen hat der SVP eher geholfen als geschadet – obwohl, oder gerade weil, viele Medien einseitig auf Seiten der Täter standen.

Die SVP hat offen – aber ohne Schaum vor dem Mund – die Themen angesprochen, vor denen alle anderen sich drücken. Und das haben die Wähler honoriert.



Mogelpackung aus Lissabon

Wenn das kein Etikettenschwindel ist: Die EU-Staats- und Regierungschefs beschließen die alte „EU-Verfassung“, die Franzosen und Niederländer nicht haben wollten, mit ein paar kleinen Änderungen einfach noch mal und nennen das Ganze „Reformvertrag von Lissabon“. Heimlich, still und leise, damit nur ja keiner genauer hinschaut.

Dabei hat es der Vertrag in sich: Die EU bekommt einen Außenminister und eine Reihe neuer Zuständigkeiten. Brüssel soll sich künftig also auch noch um Beschäftigungsförderung, sozialen Schutz, Gleichstellungsfragen und Generationensolidarität kümmern – mit anderen Worten: Es gibt noch mehr Einmischungsmöglichkeiten.

Das EU-Parlament bekommt mehr Einfluß, aber Deutschland ist dort künftig sogar noch schlechter vertreten als bisher: Ein deutscher Abgeordneter vertritt zehnmal mehr Wähler als der eines kleineren Mitgliedstaates.

Die Tendenz, Zuständigkeiten von den Nationalstaaten weg auf die Brüsseler Bürokratie zu verlagern, wird mit „Lissabon“ noch verstärkt. Dieser neue EU-Vertrag wird die

Verhältnisse in Europa mindestens so stark verändern wie Maastricht. Das darf nicht einfach von der großen Koalition durchgewunken werden, von Abgeordneten, die

den Vertrag wahrscheinlich nicht mal lesen.

Deshalb fordern die Republikaner eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag von Lissabon.



Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!



Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER
Bundesverband
Postfach 5201 29
48087 Münster

Spendenkonto:

Postbank Dortmund
Konto-Nr. 387 450 460
BLZ: 440 100 46

SO ERREICHEN SIE UNS:



Telefon: (0 18 05) 737-000

Telefax: (0 18 05) 737-111

E-Mail: info@rep.de

www.rep.de

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 8702 10, 13162 Berlin
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.), Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: U. Winkelsett